

Die Syrieninitiative OWL kooperiert mit der Friedensinitiative Bielefeld.
Wir verstehen uns als Teil der bundesweiten Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“
<http://macht-frieden.de/>

Fragen und Antworten von Bundestagskandidat*innen in Ostwestfalen-Lippe zum Krieg in und um Syrien



Fragen, die wir den Kandidat*innen gestellt haben

Die Syrieninitiative Ostwestfalen Lippe setzt sich für Frieden in Syrien ein. Zur besseren Information der Wählerinnen und Wähler möchten wir Antworten der OWL-Bundestagskandidatinnen und -kandidaten zum Syrienkrieg veröffentlichen.

Wir bitten Sie deswegen, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie werden Sie voraussichtlich bei einer Abstimmung im Bundestag zur Verlängerung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS (wie in der Bundestagsdrucksache 18 /9960 der 18. Wahlperiode dargelegt) abstimmen?

mit Ja
mit Nein
Enthaltung

2. Werden Sie sich für eine Stärkung des Friedensprozesses in Syrien unter UN-Verantwortung einsetzen, in der alle Konfliktparteien und vor allem auch die syrische Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen sind?
3. Werden Sie sich für eine Ausweitung von humanitärer Hilfe für Syrerinnen und Syrer in Syrien sowie in Flüchtlingslagern außerhalb Syriens einsetzen?

Werden Sie sich für einen Ausbau der Zivilen Konfliktbearbeitung in der Region einsetzen?

Vielen Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

Beantwortung der Fragen auf den folgenden Seiten
Inhaltsübersicht über Wahlkreise und Kandidat*innen auf der letzten Seite

Antworten von Kandidat*innen (Stand 11.9.2017)

Gütersloh I

Ralph Brinkhaus (CDU)

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Mail! Der Krieg in Syrien und insbesondere die Konsequenzen, die die kriegerischen Handlungen für die Zivilbevölkerung haben, sind grausam und berühren uns alle. Natürlich auch wegen der vielen Menschen, die zu uns gekommen sind, und die sich sicher wünschen, eines Tages in ein friedliches Syrien zurückkehren zu können. Ich kann Ihnen deswegen versichern, dass mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln daran gearbeitet wird, eine friedliche Lösung des Syrien-Konfliktes herbeizuführen.

Gerne tausche ich mich auch in einem Gespräch intensiver mit Ihnen zu dem Thema aus. Bei Interesse vereinbaren Sie einfach einen Termin: Unter 05241-9170931 erreichen Sie Anja Toppmöller in meinem Wahlkreis-Büro.

Shen Ibrahimsadeh (Die Linke)

Meine Antworten :

1. Nein. Die Aufnahmen der Bundeswehr werden an die türkischen Behörden weitergeleitet. Diese werden benutzt um Stellungen der säkularen SDF zu zerstören.

Nein zu Auslandseinsätzen!

2. Ja. Die UN ist eine der wenigen Institutionen die in diesem Konflikt vermitteln kann. Bisher werden kurdische Kräfte

allerdings nicht zu den Verhandlungen eingeladen. Diese spielen allerdings auf dem Boden eine enorme Rolle!

3. Ja. Das ist absolut dringend notwendig. Die Kürzung der Hilfgelder für die Auffanglager war ein großer Fehler der deutschen Regierung

4. Ja. Die Zivilgesellschaft in Syrien muss weiter mit einbezogen werden. Hier geschieht zur Zeit leider wenig.

Dr. Jürgen Wächter (Bündnis 90 / Die Grünen)

alle vier von Ihnen gestellte Fragen kann ich mit einem eindeutigen Ja beantworten.

Es muss alles getan werden, um in Syrien und den angrenzenden Konfliktgebieten wieder Frieden und Demokratie zu erreichen.

Ausserdem bedarf es umfassender humanitärer Hilfe und Unterstützung beim Aufbau der Infrastruktur.

Philip Winkler (FDP)

vielen Dank für Ihre Email. Gerne beantworte ich Ihnen in Ihrer Email untenstehend direkt Ihre Fragen.

Da das Thema sehr komplex ist, sind dies nur kurze knappe Antworten. Gerne setze ich meine Zeit in Zukunft im Deutschen Bundestag dann verstärkt für die Lösung solcher Konflikte mit entsprechendem Fachwissen (was es noch anzueignen gilt) ein.

Für Weiteres stehe ich gerne zur Verfügung.

Bielefeld Gütersloh II

Friedrich Straetmanns (Die Linke)

Ich habe aus gewonnener Überzeugung nachträglich den Kriegsdienst verweigert. Krieg ist für mich nie eine Lösung. Ich unterstütze alle Friedensbemühungen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft in Syrien. Ich werde niemals für eine Verlängerung oder Beginn von Kriegsbeteiligungen stimmen können. Die bisherige deutsche Außenpolitik ist Grundfalsch und nicht friedensstiftend.

Michael Weber (CDU)

anbei die Antworten zu Ihren Fragen.

Die Bundeswehr leistet weltweit einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Friedens in Krisenregionen. Ob vor der Küste Syriens, am Horn von Afrika oder auf dem Balkan, unsere Soldatinnen und Soldaten zeigen eine hohe Einsatzbereitschaft, um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Der Kampf gegen den IS ist eine der herausforderndsten sicherheitspolitischen Aufgaben der letzten Jahre. Ich werde mich dafür einsetzen, unseren Bündnispartnern beizustehen und der syrischen Zivilbevölkerung auch weiterhin zu helfen.

2. Die Vereinten Nationen nehmen eine Schlüsselrolle bei der Lösung internationaler Konflikte ein. Die Situation in Syrien und dem Irak ist hierbei eine sehr spezielle. Neben den beiden Großmächten Russland und USA, sind

eine große Anzahl kleinerer Konfliktparteien in die Auseinandersetzungen verwickelt. Nur wenn es gelingt, alle Akteure dauerhaft in den Friedensprozess mit einzubeziehen, kann es Frieden in der Region geben. Aus meiner Sicht, ist hierzu nur die UN in der Lage.

3. Vor Beginn des Flüchtlingsstroms nach Europa wurden die Hilfen für Flüchtlingslager in den Regionen des Nahen Ostens durch die internationale Gemeinschaft massiv gekürzt. Dies ist eine der Ursachen für den Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits damals erklärt, dass die Beseitigung der Fluchtursachen zentrale Aufgabe der Europäischen Union werden muss. Somit muss sowohl die Versorgung, als auch Ausstattung der Lager in der gesamten Region deutlich verbessert werden.

4. Zunächst muss es Ziel der internationalen Gemeinschaft sein, die Konfliktherde zu befrieden. In einem dann folgenden zweiten Schritt, spielen zivile Akteure eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau und insbesondere bei der Wiederherstellung der Zivilgesellschaft. Verschiedene Beispiele aus allen Regionen der Welt zeigen, dass ein dauerhafter Frieden nur mit einer funktionierenden Zivilgesellschaft, die auch und gerade für die Aussöhnung zwischen verfeindeten Gruppe sorgt, funktionieren kann.

Paderborn Gütersloh III

Dr. Carsten Linnemann (CDU)

vielen Dank für Ihre Email. Ich habe mich hierzu mit meinem Kollegen Herrn Ralph Brinkhaus ausgetauscht, der ihnen bereits geantwortet hat.

Gerne können sie mir den vereinbarten Termin mit Herrn Brinkhaus mitteilen, ich versuche dann nach Möglichkeit an dem Gespräch teilzunehmen.

Minden-Lübbecke I

Sebastian Jerry Neumann (LINKE)

gerne beantworte ich Ihre Fragen.

zu 1) Nein, keine Verlängerung des Militär Einsatzes.

zu 2) Ja, ich halte das für die einzig sinnvolle und angemessene Lösung.

zu 3) Generell bin ich für den Ausbau humanitärer Hilfe für alle Menschen, die auf der Flucht sind und Hilfe benötigen.

zu 4) Ja, werde ich.

Herford Minden-Lübbecke II

Dr. Tim Ostermann (CDU)

Gerne beantworte ich Ihre Fragen im Folgenden:

1. Wie werden Sie voraussichtlich bei einer Abstimmung im Bundestag zur Verlängerung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS (wie in

Bundestagsdrucksache 18 /9960 der 18. Wahlperiode) abstimmen?

Antwort: Ja

2. Werden Sie sich für eine Stärkung des Friedensprozesses in Syrien unter UN-Verantwortung einsetzen, in der alle Konfliktparteien und vor allem auch die syrische Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen sind?

Antwort:

Es ist wichtig, dass die Verhandlungen auf die Ebene der Vereinten Nationen zurückverlagert werden. Nur die Vereinten Nationen besitzen die Autorität und die Fähigkeiten, eine nachhaltige politische Lösung für Syrien zu erreichen. Das Ziel Deutschlands ist es, den UN-Sondergesandten Staffan de Mistura mit allen politischen Mitteln zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass alle relevanten Parteien an den weiteren Gesprächen über eine politische Lösung beteiligt sind. Mit Blick auf die US-Administration unter Donald Trump ist es unverkennbar, dass Deutschland und Europa fortan eine stärkere Rolle bei der Lösung dieses Konflikts übernehmen müssen.

3. Werden Sie sich für eine Erhöhung von humanitärer Hilfe für Syrien sowie für Syrerinnen und Syrer in Flüchtlingslagern außerhalb Syriens einsetzen?

Antwort:

Laut UNHCR ist Syrien - in Relation zur Gesamtbevölkerung - weiterhin weltweit am

stärksten von Flucht und Vertreibung betroffen: Zwölf Millionen Menschen - fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung - sind entweder Binnenvertriebene oder haben im Ausland Schutz gesucht. Kinder machen mehr als die Hälfte der weltweiten Flüchtlinge aus.

Deutschland stellt sich seiner humanitären Verantwortung. In den vergangenen fünf Jahren wurde das Budget für die humanitäre Hilfe der Bundesregierung im Ausland mehr als verzehnfacht. Damit ist Deutschland einer der größten humanitären Geber. Es förderte im Jahr 2016 humanitäre Hilfsmaßnahmen für rund 1,3 Milliarden Euro. Gleichzeitig setzt sich Deutschland international für mehr Effizienz im humanitären System ein.

Der UNHCR gehört dabei zu unseren wichtigsten Partnern. Die Bundesregierung hat allein dem UNHCR im vergangenen Jahr 307 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Unser Engagement ist auch ein wichtiges Signal in Richtung Europa. Da wir wollen, dass sich weniger Menschen auf die Flucht begeben, muss es gelingen, die Ursachen in erster Linie vor Ort in den Krisenregionen selbst zu bekämpfen. Hier sind auch die anderen EU-Länder gefordert, sich noch stärker als bisher zu engagieren.

4. Werden Sie sich für einen Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung in der Region einsetzen?

Antwort:

Der Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung zeigt eindrucksvoll Deutschlands Führungsrolle in der internationalen Entwicklungspolitik und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen mit zivilen Mitteln. Als global größter Geber im Bildungsbereich, als großer Geber im Gesundheitsbereich und im internationalen Klimaschutz geht Deutschland diese langfristigen Herausforderungen in vielen Ländern aktiv an. Besonders in Syrien müssen wir nach Möglichkeiten suchen, die Zivilgesellschaft zu stärken.

Bei Rückfragen stehen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Lippe I

Monika Prüßner-Claus (Freie Wähler)
gerne beantworte ich Ihre Fragen:

1. Ich bin gegen militärische Auslandseinsätze und würde zivile Hilfe und Unterstützung bevorzugen.
2. Für die Stärkung des Friedensprozesses setze ich mich ein. Es ist richtig, dass die UN hierfür die Verantwortung trägt.
3. Ja, auf jeden Fall.
4. Ja, das unterstütze ich. Die Regionen/Kommunen brauchen vor allem finanzielle Unterstützung vom Bund, um den Flüchtlingen helfen zu können.

Kerstin Vieregge (CDU)

Frage 1: Der IS ist eine Bedrohung für das syrische Volk und für die gesamte Welt. Er

verletzt auf barbarische Weise die Menschenrechte. Er terrorisiert unschuldige Menschen in den besetzten Gebieten, dem Umland und auch Europa. Der IS muss beseitigt werden und wenn nicht anders möglich auch militärisch. Jeder Militäreinsatz bedarf aber einer gründlichen Debatte. Pauschale Mandate und übereilte Beschlüsse lehne ich ab. Meine Entscheidung wird also von der konkreten Ausgestaltung und auch der Entwicklung der Situation vor Ort abhängen.

Frage 2: Ja. Wir brauchen nach über 6 Jahren Krieg endlich wieder ernsthafte Verhandlungen und Kompromissbereitschaft von allen Parteien, um den Krieg und das Leiden des Syrischen Volkes zu beenden. Die Fortführung und Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung – und unter Beteiligung möglichst aller Konfliktparteien ist unabdingbar. Wenn der Frieden nach dem blutigen Bürgerkrieg dauerhaft sein soll, muss auch die syrische Zivilgesellschaft in geeigneter Weise einbezogen werden.

Frage 3: Ja. Deutschland zählt bei der Versorgung der Not leidenden Menschen in den Kriegsgebieten in Syrien zu den führenden Geberstaaten. Fast siebzig humanitäre Hilfsprojekte hat das Auswärtige Amt für syrische Flüchtlinge im Land selbst und in den Anrainerstaaten finanziert. Ich halte es für wichtig, diese Hilfe weiter

fortzuführen und den anschließenden Aufbau Syriens massiv zu unterstützen.

Frage 4: Ja. Gerade in einer Region mit vielen verfeindeten Konfliktparteien ist die Zivile Konfliktbearbeitung eine wichtige Chance und große Herausforderung. Hier braucht es vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung. Deutschland spielt hier bereits jetzt eine große Rolle, sowohl durch seine Diplomatie als auch durch seine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Henning Welslau (SPD)

vielen Dank für Ihre Fragen zum Friedensprozess in Syrien.

1. Wie ich voraussichtlich bei einer Abstimmung zur Verlängerung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Syrien abstimmen werde kann ich Ihnen heute nicht sagen. Die Entscheidung deutsche Soldaten in einen Einsatz zu schicken ist immer auch ein Gewissensentscheidung, die ich nie leicht nehmen werde und auch nicht kurzfristig hypothetisch entscheiden kann. Deutschland übernimmt bereits seit Jahren eine immer größere internationale Verantwortung und hat sich in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern vielfältig bei der Regelung internationaler Krisen engagiert. Für mich stehen dabei humanitäre Hilfe, Entspannung, Abrüstung, Diplomatie und zivile Krisenprävention an erster Stelle. Militärisches Engagement im Rahmen der

Vereinten Nationen und auf Grundlage des Völkerrechts muss daher im Einzelfall ! vom Deutschen Bundestag beschlossen werden und ist immer in ein politisches Gesamtkonzept einzubetten.

2.+3.+4.Ja. Die SPD-Fraktion setzt sich für einen breiten zivilen Ansatz ein, um die vom IS befreiten Gebiete in Syrien zu stabilisieren. Ziel ist eine umfassende politische Lösung. Humanitäre Hilfen und Wiederaufbauhilfe in der Region ist ein Kernanliegen der SPD-Fraktion. 2017 haben wir uns erfolgreich für eine Erhöhung der Mittel eingesetzt. Um diese humanitäre Katastrophe zu beenden sind ein umgehender Waffenstillstand, der uneingeschränkte und sichere humanitäre Zugang sowie die Wiederaufnahme von Verhandlungen unter Vermittlung der UN unabdingbar.

Höxter Lippe II

Christian Haase (CDU)

vielen Dank für Ihre Anfrage. Das Thema des Syrien-Konflikts hat eine globale Tragweite und sollte jeden Bürger und jede Bürgerin beschäftigen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich Ihre Idee, den Wählerinnen und Wählern eine weitere Plattform zu bieten, auf der sie sich über die jeweiligen Ansichten der Bundestagsabgeordneten bzw. der Kandidatinnen und Kandidaten zu diesem Thema informieren können.

Frage Nr. 1.

Bei einer Abstimmung im Bundestag zur

Verlängerung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS werde ich mit „Ja“ stimmen. Der Kern der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist und bleibt die bilaterale sowie multilaterale Zusammenarbeit. Hierzu zählt das Engagement innerhalb der Nato, aber natürlich auch die Festigung der Europäischen Union. Besonders letzteres ist für uns von enormer Bedeutung. Deutschland muss hier in enger Zusammenarbeit mit Frankreich eine Vorreiterrolle einnehmen. Dies bedeutet auch, dass es EU-gemeinsame Interessen zu verteidigen gilt, wie z.B. die Wahrung der Menschenrechte, aber auch Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz. Und eben diese durch die Wertegemeinschaft der EU vertretenen Normen werden durch den sogenannten Islamischen Staats (IS) in Syrien, aber auch in Anrainerstaaten, massiv verletzt. Als Teil der Europäischen Union, aber auch als verantwortungsbewusster demokratischer Rechtsstaat, ist es unsere Pflicht, gegen dieses Unrecht Maßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus haben die Angriffe des IS auf Frankreich, Belgien und auch auf uns gezeigt, dass es sich keineswegs um eine weit entfernte Bedrohung handelt, die uns nur indirekt berührt. Dieser Illusion wurden wir durch verschiedene Attentate schmerzhaft beraubt. Allerdings ist es die originäre Aufgabe eines jeden Staates, seine

Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit und wird diesen Schutz gewährleisten. Diese Gewährleistung erfordert jedoch nicht nur innenpolitische Maßnahmen, sondern auch außenpolitisches Engagement. Getreu dem Motto: „Das Problem an der Wurzel bekämpfen“. Des Weiteren hat sich mit Frankreich als Reaktion auf die Anschläge in Paris erstmals ein EU-Mitgliedstaat auf die in Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union (EU-Vertrag) verankerte Beistandsklausel berufen. Als EU-Mitglied, politischer und wirtschaftlicher Partner, Nachbar und vor allem als Freund Frankreichs ist es unsere Pflicht, hier Beistand zu leisten. Aber nicht nur die hohe Bedeutung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit spricht für ein Engagement gegen den IS. Deutschland ist eine global vernetzte Wirtschaftsnation. Wir haben größtes Interesse an einer dauerhaft friedlichen, stabilen und gerechten Ordnung in der Welt. Und genau dieses Interesse wird durch das Wirken des IS maßgeblich bedroht. Hier müssen wir handeln. Selbstverständlich muss sich unser Handeln in einem rechtlichen und internationalen Rahmen bewegen. Deutschland wird international für seine abwägende Position geschätzt. Aber auch im Bereich der zivilen Konfliktbewältigung sind wir stets engagiert. Genau in diesen Bereichen bewegen wir uns zurzeit im Kampf gegen den IS und genau diese Bemühungen

müssen wir fortführen. Es sind also die Verpflichtungen gegenüber den Menschen vor Ort, gegenüber den Menschen hier in Deutschland aber auch gegenüber unseren Bündnispartnern, die mich mit „Ja“ stimmen lassen werden.

Frage Nr. 2

Die Situation in Syrien ist äußerst unübersichtlich. Die verschiedensten Konfliktparteien haben die verschiedensten Ziele und bekämpfen sich gegenseitig. Von kleinen Splitterorganisationen bis hin zu Nationalstaaten. Ein klarer Frontverlauf ist kaum auszumachen. Der Leittragende ist, wie in jedem Krieg, die Zivilbevölkerung. Es gilt also, den Konflikt möglichst schnell und nachhaltig zu beenden. Dies ist meiner Ansicht nach ausschließlich unter Federführung der UN möglich. Die UN umfasst als internationale Organisation einen überwiegenden Anteil der Konfliktparteien. Aus diesem Grund stellt sie eine geeignete Dialogplattform dar, um Gespräche zur Konfliktbewältigung zu führen. Darüber hinaus ist die UN international anerkannt. Entscheidungen des Sicherheitsrates der UN sind bindend und werden von den fünf Vetomächten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien getragen. Überwiegend Staaten, welche direkt in den Konflikt involviert sind. Und natürlich muss auch die syrische Zivilgesellschaft mit eingebunden werden. Sie ist es, die ihren Staat wieder aufbauen muss. Ohne die

Akzeptanz und Unterstützung der Zivilbevölkerung, sind alle Maßnahmen zur Konfliktbewältigung nicht von Dauer. Ob eine diplomatische Lösung unter Einbezug des syrischen Machthabers Baschar al-Assad möglich ist, bezweifle ich stark. Durch grausame Taten wie Giftgasangriffe ist er als Verhandlungspartner schwer zu ertragen. Weite Teile der syrischen Bevölkerung lehnen Assad zurecht ab. Eine friedliche Zukunft Syriens mit ihm an der Spitze erscheint mir daher unwahrscheinlich, ein freiwilliger Verzicht seinerseits auf eben diese Führung aber ebenfalls. Den Einbezug des IS in den Friedensprozess lehne ich ab. Hier handelt es sich um eine Terrororganisation, die unvorstellbare Gräueltaten vollbracht hat. Dadurch haben sie wiederholt bewiesen, dass sie nicht an einer diplomatischen Lösung interessiert sind. Die Wertvorstellung dieser Terrororganisation ist mit unseren Grundwerten absolut unvereinbar. Eine aktive Einbindung des IS in den Friedensprozess unter der Führung der UN ist somit unmöglich.

Frage Nr. 3

Konflikte wie der in Syrien stellen die Weltgemeinschaft immer wieder vor neue Herausforderungen. Durch sie verbreiten sich Armut, Perspektivlosigkeit, mangelhafte Bildung sowie die Unterversorgung mit Nahrung, lebenswichtigen Medikamenten und anderen Gütern. Zum einen eine unglaubliche Katastrophe für die Menschen vor Ort, zum anderen auch Keimstätte ideologischer

Radikalisierung, welche den Grundstein für den Terrorismus legt. Dieser wiederum hält den Konflikt am Leben und trägt ihn ins Ausland. Wir müssen uns unserer gewachsenen Verantwortung als wirtschaftlich starker Staat bewusst sein. Es ist unsere moralische Pflicht, diesen Herausforderungen zu begegnen. Unter anderem in Form der humanitären Hilfe.

Deutschland hat in den vergangenen vier Jahren 1,25 Milliarden Euro für fast 70 humanitäre Hilfsprojekte zur Versorgung der notleidenden Menschen im Land selbst und den Anrainerstaaten bereitgestellt. Hierdurch sollen eben diese Leiden abgemildert werden. Um den Menschen zu helfen, aber auch um Terrororganisationen wie den IS die Rekrutierungsgrundlage zu entziehen. Somit ist die humanitäre Hilfe ein wesentlicher Faktor der nachhaltigen Konfliktbewältigung und muss auch in Zukunft fortgeführt werden.

Frage Nr. 4

Neben den militärischen Unterstützungsleistungen engagiert sich Deutschland auch umfassend im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung. Diese Art des Krisenmanagements ist neben der Entwicklungspolitik ein zentrales Element unseres außenpolitischen Handelns. Die Konflikte des 21. Jahrhunderts sind dermaßen vielschichtig, dass sie nur durch vernetzte militärische und zivile Maßnahmen gelöst werden können. Die Zeiten, in denen allein durch ein militärisches Engagement Konflikte

beendet wurden, sind vorbei. Um hier gegenzusteuern, hat die Regierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode den Unterausschuss für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln geschaffen. Dieser Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses trägt maßgeblich dazu bei, dieses Thema im Parlament zu platzieren. Erst im Juli wurden neue Leitlinien zur Krisenprävention ausgearbeitet, welche sich an der Agenda 2030 der UN orientieren. Diese Leitlinien sollen als Kompass für alle Phasen eines Konfliktes dienen und legen ihren Schwerpunkt eindeutig auf die ressortübergreifende Zusammenarbeit von militärischen, aber eben auch zivilen Maßnahmen. Besonders im Bereich der Krisenprävention, welche den eindeutigen Vorzug vor der Krisenbewältigung genießt, sind zivile Maßnahmen, und nicht militärische Mittel, zu bevorzugen. Diese Leitlinien sind nicht abschließend. Vielmehr stellen Sie den Beginn eines Prozesses dar. Denn die Bedeutung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der Konfliktprävention, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung wird in Zukunft immer weiter an Bedeutung gewinnen. Somit ist auch die zivile Konfliktbearbeitung ein Modell mit Zukunft. Nicht nur für den Konflikt in Syrien, sondern auch für die zahlreichen anderen Krisen, die sich die Weltgemeinschaft jetzt und in Zukunft stellen muss.

Petra Rode-Bosse (SPD)

vielen Dank für Ihre Fragen, auf die ich Ihnen gerne antworten möchte.

Frage 1: Wie werden Sie voraussichtlich bei einer Abstimmung im Bundestag zur Verlängerung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS (wie in der Bundestagsdrucksache 18 /9960 der 18. Wahlperiode dargelegt) abstimmen?

Antwort: "Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt festgestellt, dass die Terrororganisation Islamischer Staat unverändert eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt. Zahlreiche europäische Länder, aber auch Deutschland mussten dies schmerzlich erfahren. Selbst wenn am Ende eine tragfähige Friedensregelung in der Region nur politisch erreicht werden kann, muss der IS auch mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Aus diesem Grund haben sich 67 Staaten in der internationalen Anti-IS-Koalition zusammengeschlossen.

Deutschland hat mit seinen Maßnahmen zu Luftaufklärung, Luftbetankung und Begleitung für einen französischen Flugzeugträger einen wichtigen Beitrag innerhalb dieser Koalition geleistet. Die Erfolge gegen den IS sind unübersehbar. Aktuell befindet sich der IS bereits in der Defensive. Nun gilt es, den eingeschlagenen Weg zu Ende zu gehen, ergänzt um Aufklärungselemente von

AWACS, die Deutschland gemeinsamen mit anderen Partnern in die Koalition einbringen kann. Deutschland zeigt sich hier als verlässlicher Partner, der bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Für uns ist klar: Der Kampf gegen den Terrorismus kann nicht allein mit militärischen Mitteln erfolgreich zu Ende gebracht werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen breiten zivilen Ansatz ein, mit dem eine Stabilisierung der vom IS befreiten Gebiete in Syrien und Irak angestrebt werden soll. Deutschland gehört bereits heute zu den größten internationalen Gebern für humanitäre und Wiederaufbauhilfe in der Region. Das übergeordnete Ziel bleibt eine umfassende politische Lösung für Syrien und eine dauerhafte Stabilisierung des Irak, für die sich insbesondere unser ehemaliger und unser jetziger Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel konsequent und mit großem persönlichem Engagement eingesetzt haben.

Ob die SPD-Fraktion auch einem künftigen Mandat ihre Zustimmung erteilen wird, kann erst nach Vorlage des durch die nächste Bundesregierung vorzulegenden Mandats beantwortet werden.

Fragen 2 und 3:

2. Werden Sie sich für eine Stärkung des Friedensprozesses in Syrien unter UN-Verantwortung einsetzen, in der alle Konfliktparteien und vor allem auch die syrische Zivilgesellschaft angemessen

einzubeziehenden sind?

3. Werden Sie sich für eine Ausweitung von humanitärer Hilfe für Syrerinnen und Syrer in Syrien sowie in Flüchtlingslagern außerhalb Syriens einsetzen?

Antwort: "Die SPD Bundestagsfraktion steht seit Beginn des Syrien-Konfliktes geschlossen hinter den kontinuierlichen Bemühungen der deutschen Bundesregierung, die Vereinten Nationen darin zu unterstützen, einen nachhaltigen Friedensprozess für Syrien zu etablieren. Es wird in Syrien keine militärische Lösung geben, nur eine politische. Um diese zu erreichen, sind beständige Gespräche und auch anhaltender Druck auf alle Konfliktparteien und Akteure mit Einfluss auf das Geschehen notwendig, einschließlich Russland und Iran. Der Sondergesandte der Vereinten Nationen für Syrien, Staffan de Mistura, war im November 2016 auch auf Einladung der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Deutschland ist mittlerweile einer der größten humanitären Geber in der Syrien-Krise. Die deutsche Unterstützung seit 2012 beträgt knapp 3 Milliarden Euro. Dass wir die Menschen vor Ort und in den Nachbarstaaten Syriens mit humanitärer Hilfe unterstützen, war immer ein Kernanliegen der SPD Fraktion. Entsprechend haben wir uns auch in diesem Jahr in den Haushaltsverhandlungen erfolgreich für eine Erhöhung der Mittel für 2017 eingesetzt.

Alle Konfliktparteien und die, die Einfluss auf

das Geschehen vor Ort haben, sind aufgefordert, sich für humanitären Zugang einzusetzen. Auch Russland und Iran müssen ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen und sich endlich konstruktiv in der Syrien-Krise verhalten, statt zu weiterem Leid der Zivilbevölkerung beizutragen."

Frage 4: Werden Sie sich für einen Ausbau der Zivilen Konfliktbearbeitung in der Region einsetzen?

Antwort: "Bereits in dieser Legislaturperiode hat sich die SPD-Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass Strukturen und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung gestärkt wurden. So hat die Bundesregierung, auch durch maßgebliche Vorbereitung und Begleitung durch die SPD-Fraktion, im Juni 2017, die neuen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ beschlossen. Die Leitlinien setzen das Vorhaben um, die Strukturen der zivilen Krisenprävention zu stärken und weiterzuentwickeln.

Die Leitlinien bilden die strategische Grundlage für das künftige Engagement der Bundesregierung zur Krisenprävention,

Konfliktbewältigung und Friedensförderung. Mit ihnen verpflichtet sich die Bundesregierung auf eine Reihe von Prinzipien, Ansätze und Maßnahmen, um in Krisenfällen schneller, effektiver und substantieller Beiträge zur Vermeidung von Krisen und zur Sicherung des Friedens leisten zu können.

Das deutsche Engagement in Krisen und Konflikten folgt gemäß den Leitlinien dem Primat der Politik und dem Vorrang der Prävention. Dabei soll die Bundesregierung das breite Instrumentarium ziviler Maßnahmen nutzen. Wo immer möglich sollen zivilen Maßnahmen der Konfliktlösung den Vorrang geben. Ohne Frage: Manche Konflikte erfordern weitergehende Schritte der internationalen Gemeinschaft, um Gefahren für Frieden und Sicherheit abzuwenden oder um Massenverbrechen und Völkermord zu verhindern. Der Einsatz völkerrechtlich zulässiger militärischer Gewalt bleibt für uns aber ultima ratio und muss stets eingebunden sein in eine umfassende politische Gesamtstrategie."

Inhalt

Fragen und Antworten von Bundestagskandidat*innen in Ostwestfalen-Lippe zum Krieg in und um Syrien	1
Fragen, die wir den Kandidat*innen gestellt haben	1
Antworten von Kandidat*innen (Stand 11.9.2017).....	2
Gütersloh I.....	2
Ralph Brinkhaus (CDU).....	2
Shen Ibrahimsadeh (Die Linke)	2
Dr. Jürgen Wächter (Bündnis 90 / Die Grünen)	2
Philip Winkler (FDP)	2
Bielefeld Gütersloh II	3
Friedrich Straetmanns (Die Linke)	3
Michael Weber (CDU)	3
Paderborn Gütersloh III	4
Dr. Carsten Linnemann (CDU).....	4
Minden-Lübbecke I	4
Sebastian Jerry Neumann (LINKE).....	4
Herford Minden-Lübbecke II.....	4
Dr. Tim Ostermann (CDU)	4
Lippe I.....	5
Monika Prüßner-Claus (Freie Wähler)	5
Kerstin Vieregge (CDU)	5
Henning Welslau (SPD)	6
Höxter Lippe II.....	7
Christian Haase (CDU).....	7
Petra Rode-Bosse (SPD)	10